

N I E D E R S C H R I F T

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Gummersbach vom 25.06.2026 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Vorsitz Mary Roshani Thanapalasingham

Mitglieder

2. stellv. Vorsitzende Dirk Vedder

Stadtverordnete Edith Katharina Roth

Stadtverordneter Rainer Sülzer

Vertretung für Herrn Jürgen Marquardt

Stadtverordnete Kathrin Grüttgen

Stadtverordneter Konrad Gerards

Stadtverordneter Patrizio Milia

AM. Johann Reimer

AM. Mohammad Belal

AM. Ismail Bingöl

AM. Helem Cristina Carvalho Lobo

AM. Stefanie Indiran

AM. Derya Kaba

Vertretung für Frau Fatma Sen

AM. Ordin Thanapalasingham

Vertretung für Frau Elisabeth Raupach

AM. Emrah Tuncel

Vertretung für Herrn Artur Warkentin

Beratendes Mitglied Viktor Eisemann

Beratendes Mitglied Gabriele Priesmeier

Verwaltung

Frau Sandra Kaufmann

Herr Wolfgang Treutler

Frau Corrina Sells

Frau Lenka Specht

Frau Jenny Dreier

Herr Norman Carmele

Frau Anna Miebach

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Entschuldigt:

Mitglieder

1. stellv. Vorsitzende Elisabeth Raupach

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordnete Claudia Anette Stevenson

AM. Hashem Alshater

AM. Rashid Sadeghi

AM. Fatma Sen

AM. Artur Warkentin

Beratendes Mitglied Daniel Reichenbach

Beratendes Mitglied David Scherban

Beratendes Mitglied Heidrun Popien

Beratendes Mitglied Manfred Pawlowski

Die Niederschrift führt: Jenny Helena Dreier

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:01 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Antrag zur Einrichtung und zum Betrieb einer kommunalen stationären
Einrichtung zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen
Vorlage: 06004/2026
- TOP 3 Entsendung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschuss
für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration
Vorlage: 05951/2026
- TOP 4 Entsendung eines/r Vertreter/in in die Mitgliederversammlung des
Landesintegrationsrates
Vorlage: 05952/2026
- TOP 5 Planung und Durchführung einer Veranstaltung im Rahmen der
Interkulturellen Woche und Bereitstellung von Budgetmitteln
Vorlage: 06014/2026
- TOP 6 Anpassung des Logos des ehemaligen Integrationsrates
Vorlage: 06013/2026
- TOP 7 Mitteilungen
- TOP 7.1 Aktuelle Zahlen aus dem Bereich Asyl
- TOP 7.2 Vorstellung der Senioren- und Pflegeberatung der Stadt Gummersbach

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 8 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

**TOP 1
Niederschrift der letzten Sitzung**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Auszug: 1.2

**TOP 2
Antrag zur Einrichtung und zum Betrieb einer kommunalen stationären
Einrichtung zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen
Vorlage: 06004/2026**

Stv. Grüttgen erläutert kurz die Hintergründe des gemeinsamen Antrags der CDU- und SPD-Fraktion.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit dem Gummersbacher Jugendamt eine umfassende, ergebnisoffene Prüfung zu erarbeiten, ob und unter welchen Bedingungen eine kommunal getragene, stationäre Einrichtung zur Unterbringung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen im Stadtgebiet bzw. im gemeinsamen Sozialraum fachlich, rechtlich, organisatorisch und finanziell tragfähig errichtet und betrieben werden kann. Ergänzend soll im Rahmen der ohnehin vorzunehmenden Prüfung überschlägig betrachtet werden, ob durch eine Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen interkommunale Synergien erschlossen werden könnten.
2. Gegenstand der Prüfung sind insbesondere folgende Optionen und Leistungsbilder:
 - a) Regelangebote der stationären Hilfen (z.B. Wohngruppen im Rahmen § 34 SGB VIII),
 - b) spezialisierte Settings (z.B. Intensivgruppen, therapeutische Gruppen, Krisenintervention),
 - c) Inobhutnahmeargebote nach § 42 SGB VIII einschließlich der Frage, ob Inobhutnahmeplätze als eigenständige Gruppe, als angebundene Zusatzplätze oder als Option innerhalb einer Wohngruppe genehmigungsfähig und fachlich sinnvoll abbildbar sind,
 - d) Verselbstständigungs- und Übergangsangebote (betreutes Jugendwohnen, Jugendwohngemeinschaften) sowie Mutter/Vater-Kind-Angebote nach § 19 SGB VIII, jeweils einschließlich der Frage, ob mehrere Angebotsarten in einem Gebäude, in getrennten Einheiten, betrieben werden können.
3. Die Verwaltung legt dem Rat einen schriftlichen Prüf- und Empfehlungsbericht vor. Der Bericht sollte folgende Punkte enthalten:
 - a) rechtliche Bewertung: Zuständigkeiten, kommunal- und jugendhilferechtliche Rahmenbedingungen, Betriebserlaubnisfordernisse, Aufsicht,

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

- Dokumentations- und Meldepflichten, Anforderungen an Schutzkonzept, Beteiligung und Beschwerdemanagement,
- b) Finanz- und Wirtschaftlichkeitsprüfung: Investitions- und Betriebskosten (inkl. Personal), Folgekosten, Risiken, Szenarien (Belegung, Auslastung, Entgelt-/Vergütungslogik), Kostenvergleich zu aktuell genutzten externen Angeboten,
 - c) Förder- und Finanzierungsprüfung: Darlehens- und Zuschussoptionen, insbesondere Programme der öffentlichen Förderbanken und energetische Förderkomponenten,
 - d) Standort- und Infrastrukturoptionen: Kriterienkatalog, Flächen- und Raumbedarfe je Angebotsart, Mindestanforderungen sowie eine erste, ergebnisoffene Standortscreening-Methodik ohne Vorfestlegung,
 - e) Umsetzungsfahrplan: Meilensteine, Genehmigungs- und Vergabeprozesse, Personalgewinnung, Inbetriebnahme.
4. Der Beschluss ist ausdrücklich ergebnisoffen. Er begründet weder eine Standortentscheidung noch eine Vorfestlegung auf Investitions- oder Betriebsmodelle. Etwaige Investitions- und Haushaltsentscheidungen bleiben einer gesonderten Beschlussfassung nach Vorlage des Prüfberichts vorbehalten.

Auszug: 1.2 / 10

TOP 3

Entsendung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner in den Ausschuss für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration
Vorlage: 05951/2026

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Umbesetzung:

Ausschuss für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration

Beratende Mitglieder (Sachkundige Einwohner entsendet aus AfCul)

AM. Mohammad Belal

(bisher: AM. Lilia Köhler)

Auszug: 1.2 / 11

TOP 4

Entsendung eines/r Vertreter/in in die Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates
Vorlage: 05952/2026

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration beschließt,

AM. Mohammad Belal (bisher: AM. Lilia Köhler)

als Mitglied in die Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates zu entsenden.

Auszug: 1.2

TOP 5

Planung und Durchführung einer Veranstaltung im Rahmen der Interkulturellen Woche und Bereitstellung von Budgetmitteln

Vorlage: 06014/2026

Stv. Milia beantragt, eine Arbeitsgruppe zu bilden und sie zu beauftragen, bis zum letzten Kalendertag im Juli ein Konzept für die Veranstaltung vorzulegen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration beschließt, eine Veranstaltung in Absprache mit dem Fachbereich 6 – Soziales und Integration im Rahmen der Interkulturellen Woche durchzuführen und stellt hierfür Mittel aus dem Budget i.H.v. 1.500 € bereit.

Auszug: 1.2 / 6

TOP 6

Anpassung des Logos des ehemaligen Integrationsrates

Vorlage: 06013/2026

Nachfolgender Beschluss wurde bei 3 Stimmenthaltungen einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration beschließt, das Logo des ehemaligen Integrationsrates zu aktualisieren und stellt hierfür Haushaltsmittel aus dem eigenen Budget in der Höhe von bis zu 500 € bereit.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

**TOP 7
Mitteilungen**

**TOP 7.1
Aktuelle Zahlen aus dem Bereich Asyl**

Herr Treutler aus dem Fachbereich 6 – Soziales und Integration stellt die aktuellen Asylzahlen mit Stand vom 01.06.2026 entlang der der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Präsentation vor.

**TOP 7.2
Vorstellung der Senioren- und Pflegeberatung der Stadt Gummersbach**

Frau Sells und Frau Specht aus dem Fachbereich 6 – Soziales und Integration stellen die Senioren- und Pflegeberatung entlang der der Originalniederschrift als Anlage 2 beigefügten Präsentation vor.

gez.
Mary Roshani Thanapalasingham
Vorsitz

gez.
Raoul Halding-Hoppenheit
Bürgermeister

gez.
Jenny Helena Dreier
Schriftführung